

Eva Maria Hohnerlein
Sylvie Hennion
Otto Kaufmann
Herausgeber

Erwerbsverlauf und sozialer Schutz in Europa

Employment Biographies and
Social Protection in Europe

Les parcours professionnels et
la protection sociale en Europe

Erwerbsverlauf und sozialer Schutz in Europa

Eva Maria Hohnerlein · Sylvie Hennion
Otto Kaufmann
Hrsg.

Erwerbsverlauf und sozialer Schutz in Europa

Employment Biographies and
Social Protection in Europe

Les parcours professionnels et
la protection sociale en Europe

Herausgeber

Eva Maria Hohnerlein
Max-Planck-Institut für Sozialrecht und
Sozialpolitik
München
Deutschland

Otto Kaufmann
Puyrolland
Frankreich

Sylvie Hennion
Institut de l'Ouest: Droit et Europe
(UMR CNRS 6262)
Université de Rennes 1
Rennes
Frankreich

ISBN 978-3-662-56032-7 ISBN 978-3-662-56033-4 (eBook)
<https://doi.org/10.1007/978-3-662-56033-4>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Springer-Verlag GmbH Deutschland, ein Teil von Springer Nature 2018

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer-Verlag GmbH, DE und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin, Germany

Dank

Wir danken dem MPI für Sozialrecht und Sozialpolitik und der Universität Rennes 1-IODE für die Unterstützung bei der Durchführung des Workshops 2016 und bei der Veröffentlichung dieses Buches.

Ein spezieller Dank gebührt der Hans-Böckler-Stiftung in Düsseldorf, die einen Beitrag zur Durchführung des Workshops 2016 geleistet hat, wie dies bereits bei früheren Kolloquien der Fall gewesen ist.

Wir danken auch den Übersetzerinnen des Max-Planck-Instituts, Eva Lutz (für Übersetzungen ins Deutsche) und Christina McAllister (für Übersetzungen ins Englische). Die Übersetzungen aus dem Englischen ins Französische übernahm das Übersetzerbüro *Brussels Language Services* (BLS) in Brüssel. Die verbleibenden Übertragungen vom Deutschen ins Französische oblagen dem Mitherausgeber Otto Kaufmann. Die Mitherausgeberinnen möchten ausdrücklich betonen, dass ohne seinen Einsatz die langjährige Zusammenarbeit zwischen dem Institut und der Universität Rennes 1 nicht so erfolgreich hätte verlaufen können.

München/Rennes/Puyrolland
Juli 2017

Eva Maria Hohnerlein
Sylvie Hennion
Otto Kaufmann

Acknowledgements

We would like to thank the Max Planck Institute for Social Law and Social Policy and IODE of Université de Rennes 1, for supporting the workshop in 2016 and the publication of this book. Special thanks are owed to Hans Böckler Stiftung in Düsseldorf, which contributed greatly to the success of the workshop in 2016, much as has been the case with earlier colloquials.

We extend our special thanks to the translators of the Max Planck Institute for Social Law and Social Policy, Eva Lutz (for translations into German) and Christina McAllister (for translations into English). The translations from English into French have been produced by Brussels Language Services (BLS). The remaining translations from German into French are credited to co-editor Otto Kaufmann. The co-editors would like to emphasize that without him the long-standing cooperation between the Max-Planck-Institute and the Université de Rennes 1 could not have been so successful.

München/Rennes/Puyrolland
July 2017

Eva Maria Hohnerlein
Sylvie Hennion
Otto Kaufmann

Remerciements

Nous remercions l'Institut Max-Planck de droit social et politique sociale et Institut de l'Ouest : Droit et Europe (UMR CNRS 6262) Université de Rennes 1, pour l'appui lors de l'organisation du workshop de 2016 et pour la publication de cet ouvrage.

Nous remercions particulièrement la Hans-Böckler-Stiftung de Düsseldorf, qui nous a fait bénéficier d'un apport pour la tenue du workshop en 2016, tout comme elle l'a fait pour les précédents colloques. Nous remercions également l'équipe de traductrices du MPI, Eva Lutz (pour les traductions vers l'allemand) et Christina McAllister (pour les traductions vers l'anglais). Les traductions de l'anglais vers le français ont été réalisées par le *Brussels Language Services* (BLS) à Bruxelles. Les traductions de l'allemand en français ont été réalisées par Otto Kaufmann, co-directeur de l'ouvrage. Les co-directrices tiennent à souligner expressément que sans son engagement la coopération entre l'Institut Max-Planck et l'Université de Rennes 1 durant tant d'années n'aurait pas eu autant de succès.

München/Rennes/Puyrolland
Juillet 2017

Eva Maria Hohnerlein
Sylvie Hennion
Otto Kaufmann

Zu diesem Buch

In der gegenwärtigen Phase der europäischen Integration, die von grundsätzlichen Zweifeln und Unsicherheiten gegenüber der Zukunft Europas geprägt ist, rückt die Sozialpolitik der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten in den Mittelpunkt der Diskussionen.

Sechzig Jahre nach den Römischen Verträgen und ein knappes Jahrzehnt nach Ausbruch der schwersten Wirtschafts-, Finanz- und Sozialkrise der Nachkriegszeit bemüht sich die Europäische Union, ihre Legitimation wiederzufinden. Dafür ist es unumgänglich, ihre tragenden Prinzipien – Demokratie, Solidarität und Gleichbehandlung – neu zu beleben. Angesichts der ökonomischen, demographischen und integrationspolitischen Herausforderungen ist die Frage nach der Zukunft jedes einzelnen Menschen von zentralem Interesse.

Mit einem Anteil von mehr als 20% am weltweiten Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2015 hat die Europäische Union eine relativ große wirtschaftliche Bedeutung, aber ihre Bevölkerung altert, woran auch die verschiedenen Wanderungsbewegungen aus Drittstaaten nichts Wesentliches zu ändern vermögen. Die Lebenserwartung in den EU-Staaten steigt kontinuierlich. Sie lag laut Eurostat 2016 bei ungefähr 81 Jahren. Das wird Auswirkungen auf die Lebensarbeitszeit zeitigen. Aber auch das Berufsleben muss sich an den Realitäten einer längeren Lebensarbeitszeit orientieren. Daher ist es erforderlich, Arbeitsabläufe und Ausgestaltung der Erwerbstätigkeit auf eine längere Dauer der Erwerbsphase hin auszurichten.

Die Alterung der Bevölkerung geht mit einer stetigen Weiterentwicklung der Produktionsweisen einher. Die Digitalisierung nimmt dabei momentan eine herausragende Stellung ein. Im Laufe von nur einer Generation ist die durchschnittliche Anzahl der Stellen, die ein europäischer Arbeitnehmer in seinem Arbeitsleben antritt, von einem Job fürs Leben auf über zehn angestiegen. Im Hinblick auf die demographischen Entwicklungen und die neuen Realitäten im Berufsleben und in den Erwerbsverläufen müssen die sozialen Sicherungssysteme modernisiert werden, damit sie bezahlbar bleiben, und die Anpassung an die demographischen Entwicklungen und die neuen Realitäten im Berufsleben bewältigen können (Weißbuch der Kommission zur Zukunft Europas 2017).

Die EU-Staaten und die Länder des Europäischen Wirtschaftsraums sind daher aufgefordert, ihre Sozialgesetze zu reformieren, um einerseits passende Konzepte des lebenslangen Lernens und der beruflichen Weiterbildung zu verankern, und andererseits Schutzlücken durch diskontinuierliche Erwerbsverläufe in den sozialen Sicherungssystemen zu überwinden, insbesondere bei Unterbrechungen oder Einschränkungen der Erwerbstätigkeit zur Übernahme gesellschaftlich notwendiger Tätigkeiten. Dabei gilt es vor allem, den langfristigen Erhalt der Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit im gesamten Erwerbsverlauf zu unterstützen.

Diese Aspekte finden sich unter anderem in der Europäischen Säule sozialer Rechte, die am 17. November 2017 in einer gemeinsamen Proklamation von EU-Kommission, Europäischem Rat und EU-Parlament verabschiedet wurden. Sie kann als neues sozialpolitisches Konvergenzinstrument im Rahmen des Europäischen Semesters dienen und die soziale Dimension Europas stärken.

Die neuen Realitäten erschüttern die Architektur der Systeme sozialer Sicherung, nicht zuletzt wegen der Gleichzeitigkeit und der hohen Geschwindigkeit der angesprochenen Veränderungen. Die sozialen Sicherungssysteme waren in Europa ursprünglich für eine Gesellschaft der Industriearbeit mit Vollbeschäftigung konzipiert, wenngleich sie sich in ihrer Ausgestaltung von Land zu Land unterschieden. Die abgedeckten Risiken entsprechen heute oft nur unzureichend den veränderten Erwerbsverläufen oder den Anforderungen an eine verlängerte Lebensarbeitszeit.

Die Überschneidungen zwischen dem individuellen beruflichen Werdegang und den Mechanismen sozialer Sicherung werden so zu einem wichtigen Forschungsgebiet im Hinblick auf die Weichenstellungen für die Zukunft der Menschen in Europa. Dabei stellen sich die folgenden Fragen:

Gehen die Anpassungsfähigkeit und die „Flexicurity“, die den Erwerbstätigen abverlangt werden, auch mit einer ebenso anpassungsfähigen und effizienten sozialen Sicherung einher, die Erwerbs- und Weiterbildungsphasen der Bürgerinnen und Bürger unterstützt? Oder schaffen die nationalen sozialen Sicherungsmechanismen, die auf einer traditionellen Sicht des Erwerbslebens gründen, nicht eher Armutsfallen und entpuppen sich im Fall unterbrochener und diskontinuierlicher Erwerbsverläufe als wirkungslos? Dabei ist der Hinweis wichtig, dass die Verpflichtung zur Anpassung und zur „Flexicurity“ auch den Unternehmen auferlegt ist. Angesichts der diversen öffentlichen Instrumente des sozialen Schutzes sowie der betrieblichen Maßnahmen einschließlich der Ansätze für ein „Altersmanagement“ stellt sich darüber hinaus die Frage nach dem Zusammenwirken der beteiligten Systeme: Ist das vorhandene Instrumentarium auf ein konsistentes Zusammenwirken der Systeme des sozialen Schutzes zur Verwirklichung des übergeordneten Zieles, eine längere Lebensarbeitszeit zu unterstützen, ausgerichtet? Oder kommt es eher zu inkonsistenten Wirkungen, Zielkonflikten bzw. paradoxen Interaktionen zwischen den beteiligten Systemen? Ausgehend von diesen Überlegungen ergeben sich die Arbeitshypothesen des vorliegenden Buches, die auf der Grundlage eines absichtlich breit angelegten Themenspektrums diskutiert werden.

Unter Erwerbsverlauf kann die Gesamtheit aller Erwerbsphasen und der Nicht-erwerbstätigkeitsphasen einer Person im Verlauf ihrer beruflichen Tätigkeit verstanden werden, von der ersten Aufnahme einer Erwerbstätigkeit bis zum endgültigen Ausscheiden aus dem Berufsleben. Die rechtlich nicht eindeutig definierte

soziale Sicherung, deren Zuschnitt sich von Staat zu Staat unterscheidet, und die auch in den EU-Verträgen nicht definiert wird, umfasst alle kollektiven und individuellen Schutzsysteme obligatorischer und freiwilliger Art, die Risiken im Lebensverlauf absichern.

In der Europäischen Union liegen die Regelungskompetenzen für die Bedingungen des Erwerbsverlaufs und der sozialen Sicherung bei den Mitgliedstaaten, während die Europäische Union die Tätigkeit der Mitgliedstaaten lediglich unterstützt und ergänzt (Art. 153, 168 AEUV). Bei der Festlegung und Durchführung ihrer Politik und ihrer Maßnahmen zum sozialen Schutz hat die EU dem Ziel eines hohen Beschäftigungsniveaus und zugleich einem hohen Niveau des Gesundheitsschutzes und einem angemessenen sozialen Schutz Rechnung zu tragen (Art. 9 AEUV). Insofern bleibt die Rolle der Europäischen Union von grundsätzlicher Bedeutung.

Zu den wichtigsten politischen Grundlagen der EU im Bereich Sozialschutz zählen – neben der Offenen Methode der Koordinierung im Bereich soziale Sicherung und soziale Eingliederung (OMK Soziales) – die in einer Mitteilung der Europäischen Kommission niedergelegten Vorschläge zur „Strategie Europa 2020“ („Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“, KOM(2010)2020 final). Diese Strategie hat u.a. zum Ziel, eine Beschäftigungsquote von 75 % für die 20- bis 64-Jährigen zu erreichen. Die Politiken der Mitgliedstaaten werden zudem direkt von den Empfehlungen des Rates und der Kommission über die nationalen Reformprogramme geprägt, die jährlich für jeden Staat erstellt werden (Verordnung (EU) Nr. 1176/2011).

Jedoch obliegt es immer noch den Mitgliedstaaten selbst, die Funktionsweise ihrer Sozialschutzsysteme zu überprüfen. Diese folgten über lange Zeit einer dualen Logik, nämlich einerseits der Logik der Arbeitswelt, und andererseits der Logik von Mechanismen des sozialen Schutzes, die insbesondere bei Wegfall des Erwerbseinkommens einspringen. Angesichts des Wandels in der Erwerbsarbeit und der gestiegenen Lebenserwartung, die sich in ihren Auswirkungen gegenseitig überlagern, muss das Zusammenspiel beider Bereiche neu definiert werden. Die Formen und der Umfang der sozialen Sicherungsnetze sind zu überdenken, und auch die bestehenden institutionellen Strukturen sind an die Wechsel zwischen (teilzeitiger oder vollzeitiger) Erwerbstätigkeit, Aus- und Weiterbildungen, Phasen der Arbeitslosigkeit, sowie an den Übergang zwischen Renteneintritt und Erwerbstätigkeit anzupassen.

Ziel der Veröffentlichung ist es, vor dem Hintergrund der steigenden Lebenserwartung die Bedingungen für das Zusammenspiel zwischen den zunehmend diversifizierten und immer weniger konstanten Erwerbsverläufen und der sozialen Sicherung in ausgewählten europäischen Ländern zu untersuchen. Nach wie vor zeigt sich im Ländervergleich, dass die kulturellen Unterschiede und die historischen Eigenheiten bei der Wahl und Ausgestaltung sozialer Sicherung höchst markant sind. Diese gewachsenen Unterschiede waren der Anlass, für die Analysen Lösungsansätze aus Ländern der EU und des Europäischen Wirtschaftsraums aus einer vergleichenden Perspektive zu präsentieren. Dabei steht im Fokus, wie sich die sozialen Schutzsysteme auf Übergänge im Erwerbsverlauf einstellen, und inwieweit sie die oftmals schleichenden Einbußen in der individuellen Arbeits- und

Beschäftigungsfähigkeit insbesondere in der späteren Erwerbsphase auffangen. Im Vordergrund der Untersuchung stehen Frankreich und Deutschland. Daneben bieten Norwegen und die Niederlande, punktuell auch Italien als eines der notorischen Krisenländer Europas, Einblicke in zentrale Reformtendenzen beim sozialen Schutz und in das Zusammenspiel sozial- und arbeitsrechtlicher Sicherungsinstrumente, insbesondere im Fall längerer Erkrankung, geminderter Arbeitsfähigkeit und nach Verlust des Arbeitsplatzes.

Der erste Teil (I) stellt die aufgezeigten Herausforderungen in einen europäischen Kontext. Länder übergreifende „Europäische Impulse“ für Sozialrecht und Sozialpolitik gehen von der Europäischen Union, aber auch vom Europarat aus. Der Bogen spannt sich von den unionsrechtlichen Herausforderungen des sozialen Zusammenhalts und den Versuchen, gemeinschaftliche Vorgaben für die Alterssicherung zu etablieren, über die Perspektiven einer gender- und lebenslaufsensiblen Europäischen Agenda für die Sozial- und Beschäftigungspolitik hin zu Fragen der Qualifikation der sozialen Rechte von Versicherten im europäischen Recht. Ein weiterer wichtiger Impuls ist die Entwicklung des europäischen Antidiskriminierungsrechts und die Schaffung eines europäischen Rechtsrahmens zum Verbot der Altersdiskriminierung im Bereich Arbeit und Beschäftigung, dessen Wirksamkeit wegen zahlreicher Ausnahmen beschränkt bleibt. Schließlich werden die innerstaatlichen Auswirkungen des europäischen Antidiskriminierungsrechts beispielhaft für die Absicherung der Risiken Alter und Gesundheit im Privatversicherungsrecht beleuchtet.

Die Teile II bis IV sind den länderspezifischen Antworten auf die aufgeworfenen Herausforderungen und auf die veränderten Sicherungsbedürfnisse einer alternden Erwerbsbevölkerung gewidmet. Vergleichend angelegte Länderstudien analysieren nationale Regelungen und Reformerfahrungen in Bezug auf drei Risikofelder entlang der Phasen im Erwerbsverlauf. Es geht um Interventionen während eines bestehenden Beschäftigungsverhältnisses, bei Verlust des Arbeitsplatzes, insbesondere im höheren Erwerbsalter, und schließlich um die soziale Absicherung nach Beendigung der aktiven Erwerbsphase.

Der zweite Teil (II) behandelt den Themenkreis „Erhalt von Gesundheit und Arbeitsfähigkeit bei längerem Erwerbsverlauf“. Einleitend relativiert ein arbeitsmedizinischer Beitrag die Rolle der Gesundheit für den Verbleib im Erwerbsverlauf. Entscheidend ist vielmehr der multifaktorielle Zusammenhang zwischen Gesundheitszustand, Arbeitsfähigkeit und der Motivation, erwerbstätig zu sein. Es folgen Länderberichte, die mit unterschiedlichen Schwerpunkten den Beitrag sozialer Vorsorgesysteme sowie den Beitrag betrieblicher Maßnahmen zum Erhalt der Arbeitsfähigkeit thematisieren. Behandelt werden einerseits Fragen der Prävention und Rehabilitation angesichts einer alternden Erwerbsbevölkerung in Deutschland und Frankreich, andererseits die Regelungen zur Einkommenssicherung und zum Schutz des Arbeitsplatzes bei längeren Krankheitsphasen am Beispiel Norwegens und der Niederlande.

Das Thema „Arbeitslosigkeit und Re-Integration Älterer in den Arbeitsmarkt als Herausforderung der sozialen Sicherung“ ist Gegenstand des dritten Teils (III). Hier geht es zunächst um vergleichende Erfahrungen hinsichtlich der Effektivität verschiedener arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen zur Eingliederung älterer

Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt. Es folgen länderspezifische Analysen zu Deutschland, Frankreich und Norwegen über das schwierige Zusammenspiel verschiedener Sicherungssysteme, sowie eine Analyse von Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung älterer Arbeitsloser im Rahmen der Arbeitsmarktreformen Italiens. Neben öffentlichen Interventionen wird dabei auch die Rolle betrieblicher Beschäftigungspolitik angesprochen, die über die Prävention drohender Arbeitslosigkeit unter älteren Mitarbeitern oder die Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit statt einer vorzeitigen Verrentung entscheiden. Die Beiträge belegen die anhaltenden Schwierigkeiten bei der Rückkehr älterer Arbeitsloser in den Erwerbszyklus.

Der letzte Teil (IV) ist der „Anpassung der Alterssicherung an die veränderten Erwerbsbiographien“ gewidmet. Aus der Perspektive insbesondere der Versicherten ist dabei der Einfluss neuer und zunehmend prekärer Erwerbsformen auf die Alterssicherung ebenso bedeutsam wie die Gestaltung des Übergangs von der Erwerbs- in die Nacherwerbs- oder Rentenphase und die Gewährleistung auskömmlicher Renten im letzten Lebensabschnitt. Die Beiträge beleuchten Antworten auf den skizzierten Anpassungsbedarf, Tendenzen und Schwierigkeiten aktueller Reformkonzepte, sowie einige ungelöste Fragen der Alterssicherung, insbesondere in Frankreich und Deutschland.

Die Beiträge werden in drei Sprachen präsentiert. Am Anfang steht jeweils der ausführliche Originalbeitrag in der von den Autorinnen und Autoren gewählten Sprache (deutsch, englisch oder französisch), gefolgt von zwei substantziellen Zusammenfassungen in den beiden anderen Sprachen.

Der Ausgangspunkt dieser Studie war ein internationaler und interdisziplinärer Workshop, der unter dem Titel „Langlebigkeit und Erwerbsverlauf: Herausforderungen für die soziale Sicherung in Europa“ am 09.-10. Juni 2016 im Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik in München stattfand. Der Workshop wie auch die hier vorgelegte Studie sind das Ergebnis einer langjährigen Zusammenarbeit zwischen dem Institut de l'Ouest : Droit et Europe (IODE, UMR CNRS 6262) der Université de Rennes 1 und dem Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik. Frucht dieser Kooperation sind frühere Veröffentlichungen zum Themenkreis der betrieblichen Altersversorgung in Europa (2007 und 2011)¹ und zur Patientenfreizügigkeit in Europa (2014).²

¹ Hennion-Moreau S, Kaufmann O (Hrsg) (2007) Les retraites professionnelles en Europe, Droits européen et comparé. Betriebliche Altersversorgung in Europa, Europäisches Recht und Rechtsvergleichung. Occupational pension schemes in Europe, European law and comparative law; Kaufmann O, Hennion S (Hrsg) (2011) Steuerung der betrieblichen Altersversorgung in Europa: garantierte Sicherheit? Governance of Occupational Pensions in Europe: Guaranteed Security? Gouvernance des retraites professionnelles en Europe: Sécurité garantie?

² Hennion S, Kaufmann O (Hrsg) (2014) Unionsbürgerschaft und Patientenfreizügigkeit; EU Citizenship and Free Movement of Patients; Citoyenneté Européenne et Libre Circulation des Patients.

About this Book

In view of the current general doubts and insecurities concerning the future of Europe, the social dimension of the European Union (EU) and the social policies of the Member States have taken centre stage in the discussions.

Sixty years after the Treaty of Rome and a little less than a decade after the onset of the most severe economic, financial and social crisis of post-war times, the project of the European integration faces the necessity to renew its legitimacy and to reinforce its essential principles, i.e. democracy, solidarity and equality. One core question refers to the personal future of each individual against the background of economic and demographic challenges as well as migration policy issues.

Currently, the European Union has a share of more than 20% in world gross domestic product, but its population is ageing fast, and this circumstance is not altered in any significant way by the various migration inflows from third countries. Life expectancy at birth is continuously rising: According to Eurostat, it was at about 81 years in Europe in 2016. This will have an impact on the duration of working lives and implies the adjustment of employment modes and organisation to the new situation of extended employment careers.

In addition to population ageing there is a continuous evolution of production modalities. Digitisation is currently the most topical issue in this context. In the course of only one generation, the prevailing notion of the average number of jobs that a European worker has during his or her working life has risen from one (for life) to over ten. A thorough modernisation of the social protection systems will be required in order for the latter to remain affordable, on the one hand, and to cope with demographic developments and new realities in professional life and in employment histories, on the other (White Book of the European Commission of March 2017).

Hence, the Member States of the EU and the European Economic Area are called upon to give thought to reforms of their social protection legislations and, in doing so, integrate concepts such as life-long learning into professional development, as well as take into account a potential succession of periods with and without paid employment. Interruptions of employment careers in order to take up activities

of special value for society (e.g. unpaid care work) should receive more attention in social protection schemes. Furthermore, measures aimed at maintaining work ability and employability throughout extended working lives will become of paramount importance. These aspects are called upon namely in the European Pillar of Social Rights proclaimed jointly by the Council of the EU, the European Parliament and the Commission on 17 November 2017. It could serve as a new instrument of social policy governance in the frame of the European Semester and strengthen the EU's social dimension.

The national social protection systems need to be significantly adjusted in order to cope with the new realities, compounded by the velocity and concurrence of the various developments.

These systems were originally – in all Member States, albeit to a different extent – designed for a society engaged in industrial work and full employment. Thus, the risks covered today often do not sufficiently match with changing employment histories or the requirements concerning extended working lives.

Clashes between individual professional development and social protection mechanisms have thus become an important topic of research with a view to setting the course for the future welfare of the European population. In this context, the following questions arise:

Does the adaptability and increasing “flexicurity” that is demanded from the individual correlate with equally adaptable and efficient social protection that supports the various phases of employment and professional (further) development of the citizen? Or do the national social protection mechanisms, based on the traditional view of working life, not rather create poverty traps or prove to be inefficient in the case of interrupted or discontinuous employment histories? It is important to stress that the obligations of adaptability and flexicurity are also imposed on the employer. Furthermore, the various public instruments of social protection and the measures adopted at company level (including age management initiatives) raise the overarching question as to whether the existing instruments can contribute to realising consistent interactions between the systems of social protection, and concur in reaching the overall objective of promoting extended working lives, or whether, on the contrary, they pursue conflicting aims, thus provoking inconsistent or paradoxical effects.

These are the deliberations that gave rise to the working hypotheses of the publication at hand, and they are to be discussed – intentionally – on the basis of a broad thematic spectrum.

Employment history means the total of all phases of employment and non-employment of a person in the course of the latter's professional activity, i.e. from the first paid job until final retirement. The legally not clearly defined concept of social protection, varying from state to state – but not specified in the EU treaties either – comprises all collective and individual protection schemes, mandatory as well as voluntary ones, that protect against risks during the life course.

In the European Union, regulatory competencies concerning the conditions governing employment conditions and social protection lie with the Member States,

while the European Union on its part merely supports and complements the activities of the Member States (Art. 153, Art. 168 TFEU). In defining and implementing its policies, the Union shall take into account the promotion of a high level of employment, and at the same time a high level of human health, and guarantee adequate social protection (Art. 9 TFEU), meaning that the role of the European Union will continue to be of fundamental significance.

Within the EU policy-making process and governance in the area of social protection the Open Method of Coordination (OMC) in matters of social protection and social inclusion has been an important instrument, along with the proposals specified in the Communication from the European Commission on “Europe 2020. A strategy for smart, sustainable and inclusive growth”, (COM (2010) 2020 final) of March 2010. This strategy pursues the objective of attaining an employment rate of 75% among the 20 to 64 year olds. Since 2012, the social and employment policies of the Member States are also shaped directly via the annual recommendations of the Council and of the Commission on national reform programmes that are elaborated for each country within the European Semester (Regulation (EU) No. 1176/2011).

However, it is the Member States themselves that are to examine the functioning of their systems, which for a long time followed a dual logic: that of the working world on the one hand, and that of social protection schemes providing support in particular in the absence of gainful employment, on the other. In view of the change in employment structures and the increase in life expectancy, which are mutually overlapping elements impacting each other, the interplay of these two areas requires a redefinition; the forms and scopes of social protection schemes must be examined and the existing institutional configurations and structures must be adjusted to alternations between periods of (part-time or full-time) employment, periods of education or further training, periods of unemployment, and to the transition from gainful activity to retirement.

The aim of this publication is to examine the conditions for interaction between increasingly diversified and less continuous employment histories during extended working lives and social protection in several European countries. There are still wide cultural differences and historical idiosyncrasies as regards the choice and configuration of social protection systems in the various countries. These evolved differences were the reason for choosing a comparative approach in the analysis, with a perspective to submit attempts at solutions adopted by the European States selected for comparison, showing the positive and negative aspects. The focus of interest is on the question as to how the social protection systems adapt to transitions in employment histories and to what extent they can cushion social protection deficits related to a person’s diminishing “ability to work and employability”, in particular among older workers. France and Germany are in the foreground of the analysis; the examples of Norway, the Netherlands, and also Italy – one of the European crisis countries – offer further interesting insights into current reform tendencies regarding workplace protection in case of long periods of illness and reduced work ability, policies to retain older workers on the job, and employment promotion for the elderly.

The first part (I) picks up on “European Impulses” given, in their legal and socio-political dimensions, by both the European Union and the Council of Europe. This ranges from challenges for social cohesion under EU law, via European prospects and limits for a common old-age pension policy, on the perspectives of a gender and life-course sensitive European labour market and social policy agenda, through to issues related to the qualification of the social rights of insured persons in European law. Further impulses stem from European anti-discrimination law and policies, including the prohibition of discrimination on grounds of (old) age in employment and occupation which to date enjoys only limited protection. European non-discrimination rules also impact on the protection against risks covered by private insurance law at the domestic level.

The following parts (II–IV) are dedicated to the national responses that European States have adopted in order to cope with the combined challenges of longevity and changing realities in employment careers. The main challenges for social protection law and the interventions chosen by the different countries will be presented along the line of three phases in employment careers: interventions during an employment relationship; interventions after dismissal or collective redundancies, with a special focus on the protection of senior unemployed persons, and protection during the post-retirement phase.

The second part (II) deals with the topic of “Maintaining Health and Work Ability in Light of Extended Working Lives”. Firstly, an analysis from the domain of occupational health provides findings on the differentiated role of impaired health conditions for the development of a person’s employment career and premature labour market exits of senior workers. The national case studies present social protection instruments, including health policy measures at corporate level and strategies applied in employment policies. The contributions deal, on the one hand, with issues of health promotion, preventive healthcare and rehabilitation with a view to population ageing, using the example of Germany and France; on the other hand, with the regulations on workplace protection in the case of long periods of illness, using the example of Norway and the Netherlands.

“Unemployment and Re-Integration of Older Workers into the Labour Market as a Challenge for Social Protection” are the topical issues discussed in the third part (III). Firstly, the effectiveness of various labour market policy measures for the inclusion of older workers in the labour market is analysed by using a comparative perspective. The following contributions present case studies on Germany, France and Norway regarding the difficult – at times paradoxical – interaction involved where different public protection systems are in operation. Special attention is paid to new public policies aimed at employment promotion and re-integration of senior unemployed persons in Italy in the frame of comprehensive labour market reforms. Furthermore, attention is paid to corporate employment policies that decide on either the prevention of imminent unemployment among older workers or on re-integration into employment instead of early retirement. The analyses confirm the persistent difficulties older unemployed persons face when trying to get back into employment.

The fourth and final part (IV) is dedicated to the “Adjustment of Old-Age Pension Schemes to Changing Employment Biographies”. It takes up the protection of social rights in the transition to and during the post-retirement phase. From the perspective of insured persons, the influence of new and increasingly precarious forms of employment on old-age pensions is just as relevant in this context as careful arrangement of the transition from employment to retirement and as providing to the elderly a guarantee for decent pensions during their last stages of life. The contributions present major reform tendencies and analyse some of the pressing issues not yet resolved by old-age pension schemes, in particular in France and Germany.

The essays in this book are presented in three languages. Each contribution is first presented in detail in the original language chosen by the author (German, English or French), followed by a comprehensive summary in the two other languages.

The starting point of this study was an international and interdisciplinary workshop that took place at the Max Planck Institute for Social Law and Social Policy in Munich on 9 and 10 June 2016. The workshop, as well as this publication are, not least, the result of many years of cooperation between the Institut de l’Ouest : Droit et Europe (IODE, UMR CNRS 6262) of Université de Rennes 1 and the Max Planck Institute for Social Law and Social Policy. Previous publications on the topic of occupational pensions in Europe (2007 and 2011)³ and on the free movement of patients in Europe (2014) are earlier results of this fruitful cooperation.⁴

³ Hennion-Moreau S, Kaufmann O (eds) (2007) *Les retraites professionnelles en Europe, Droits européen et comparé. Betriebliche Altersversorgung in Europa, Europäisches Recht und Rechtsvergleichung. Occupational pension schemes in Europe, European law and comparative law*; Kaufmann O, Hennion S (eds) (2011) *Steuerung der betrieblichen Altersversorgung in Europa: garantierte Sicherheit? Governance of Occupational Pensions in Europe: Guaranteed Security? Gouvernance des retraites professionnelles en Europe: Sécurité garantie?*

⁴ Hennion S, Kaufmann O (eds) (2014) *Unionsbürgerschaft und Patientenfreizügigkeit; EU Citizenship and Free Movement of Patients; Citoyenneté Européenne et Libre Circulation des Patients.*

A propos de cet ouvrage

A l'heure des interrogations fondamentales sur l'avenir de l'Europe, la politique sociale de l'Union européenne et des États-membres se trouve au cœur des débats.

Soixante ans après la signature des Traités de Rome et presque une décennie après le début de la plus sévère crise économique, financière et sociale d'après-guerre, l'Union européenne doit chercher à retrouver sa légitimité. Elle doit le faire par l'affirmation des principes de démocratie, de solidarité et d'égalité de traitement des personnes. Il s'agit donc de savoir comment envisager l'avenir de chaque personne dans un contexte de défis économiques, démographique et d'intégration.

L'Union européenne représente une puissance économique de taille (plus de 20% du PIB mondial en 2015) mais sa population vieillit et la migration venant de pays tiers ne modifie pas notablement cette tendance.

Parallèlement, l'espérance de vie en Europe croît continuellement. Elle était, en 2016, selon les statistiques d'Eurostat, d'environ 81 ans, amenant à devoir allonger la durée de l'activité professionnelle et à devoir repenser cette dernière en fonction de cette nouvelle donnée. Il importe par conséquent d'adapter les modes de travail en prenant en considération cette nouvelle réalité.

Le vieillissement de la population va de pair avec des évolutions incessantes des modes de production dont la révolution numérique constitue l'actualité la plus présente. «En l'espace d'une génération, la conception dominante selon laquelle il était possible de garder la même activité professionnelle tout au long de sa vie a été remplacée, pour le travailleur européen moyen, par celle d'une carrière comptant plus de dix activités professionnelles durant la période active. Une modernisation profonde des systèmes de protection sociale sera cependant nécessaire pour que ceux-ci demeurent abordables et s'adaptent aux réalités démographiques et de l'organisation du travail» (cf. Livre blanc sur l'avenir de l'Europe 2017).

Les États membres et ceux de l'espace économique européen sont donc incités à réformer leurs législations sociales afin d'y intégrer une formation tout au long de la vie et d'envisager la prise en compte de successions possibles de périodes d'activité et d'inactivité. Le maintien de la capacité de travail et la faculté de conserver une activité professionnelle deviennent primordiaux dans ce contexte. Il convient

aussi de prendre en considération des interruptions d'activité professionnelle pour exercer, en échange, d'activités souhaitées par la communauté.

Ces aspects sont rappelés notamment dans le socle européen des droits sociaux proclamés conjointement par le Parlement européen, le Conseil et la Commission le 17 novembre 2017. Ce socle peut devenir un nouvel instrument de politique sociale dans le cadre du semestre européen et de dimension sociale de l'Europe.

L'édifice de la protection sociale se trouve perturbé par les nouvelles réalités. Celui-ci a été conçu initialement, dans tous les différents Etats membres, avec des mécanismes variés, généralement pour une société industrielle ayant connu le plein emploi. Aussi les risques répertoriés dans les systèmes de protection sociale s'adaptent parfois avec difficultés aux nouveaux parcours d'activité professionnelle ou aux exigences de l'allongement de durée de la vie professionnelle.

L'étude des croisements entre les parcours professionnels individuels et les mécanismes de protection sociale applicables aux assurés devient, ainsi, un objet de recherche majeur dans une vision de projection du devenir des personnes en Europe. Des questions sont, donc, dès lors, soulevées :

L'obligation d'adaptabilité et de «flexicurité» accrues demandée à chaque citoyen va-t-elle de pair avec une protection sociale, souple, efficace qui soutient ce dernier dans l'évolution de ses phases de formation et de travail ? Ou, au contraire, des mécanismes nationaux de protection sociale, fondés sur une vision traditionnelle de l'activité professionnelle créent-ils, de fait, des «trappes à pauvreté» ou s'avèrent insuffisants pour protéger les individus lors de ruptures de parcours professionnels ? Il convient de signaler que ces obligations d'adaptabilité et de «flexicurité» sont amenées à devoir également s'adresser aux entreprises. Peut-on constater une coopération entre les différents régimes pour atteindre l'objectif primordial, à savoir promouvoir la durée globale d'activité professionnelle ou s'agit-il plutôt d'interférences quelque peu hasardeuses ?

Dans ces logiques de réflexion, les hypothèses de travail retenues sont fondées sur une approche des concepts volontairement larges des sujets.

Le parcours professionnel peut être défini comme représentant l'ensemble des étapes d'une personne tout au long de sa vie professionnelle, du premier au dernier jour de son activité. Les périodes actives et les périodes sans activité professionnelle sont intégrées dans ce parcours.

La protection sociale, nébuleuse juridique dont les régimes juridiques diffèrent d'un Etat membre à l'autre et non définie par les traités, concerne tous les systèmes et régimes de protection sociale collectifs ou individuels relatifs aux risques de la vie humaine, qu'ils soient obligatoires ou facultatifs.

Dans l'Union européenne, les compétences en matière de conditions de parcours professionnel et de protection sociale relèvent d'abord des Etats-membres puisque dans ces domaines l'Union «complète et soutient l'action des Etats-membres» (art. 153, 168 TFUE). Mais l'objectif général poursuivi par l'Union européenne demeure ambitieux puisque l'Union «prend en compte les exigences liées à la promotion d'un niveau d'emploi élevé, à la garantie d'une protection sociale adéquate, à la lutte contre l'exclusion sociale» (art. 9 TFUE).

Parmi les principales bases politiques de la protection sociale de l'Union utilisées en ce sens on compte, outre le recours à la méthode ouverte de coordination en matière de protection et d'inclusion sociales, l'emprunt des propositions issues de la communication de la Commission européenne de la «Stratégie Europe 2020 («Une stratégie pour une croissance intelligente, durable et inclusive)» (COM (2010)2020 final). Cette stratégie a notamment pour but d'arriver à un taux d'emploi de 75% parmi les personnes âgées entre 20 et 64 ans. Les politiques des Etats membres sont aussi directement influencés par les recommandations du Conseil et de la Commission relatives aux programmes nationaux de réforme qui se déclinent annuellement pour chaque État (Règlement (UE) 1176/2011).

Mais les États eux-mêmes sont amenés à revoir leurs modes de fonctionnement qui ont très longtemps été animés par des logiques duales concernant, d'une part, le monde de la production et du travail, d'autre part, celui des régimes de protection sociale censés intervenir dans les hypothèses d'absence d'activité de gain. Sous l'effet conjugué de transformation des emplois et de la longévité humaine, de nouveaux ponts sont à créer entre ces différents domaines. Les réformes amènent à repenser les filets de protection sociale de sécurité et à adapter les structures institutionnelles aux alternances entre temps de travail (complet ou partiel), formations, périodes de chômage, et conciliation entre retraite et activité professionnelle.

L'objectif de l'ouvrage est d'examiner les conditions d'interférences entre les parcours professionnels plus diversifiés et de moins en moins stables et la protection sociale dans certains pays européens qui connaissent un accroissement de la durée de la vie. Il est donc essentiel d'observer comment les systèmes et régimes de protection réagissent aux changements d'activité professionnelle et comment ils interviennent face aux diminutions progressives de la capacité de l'individu à exercer une activité de travail ou d'emploi, notamment dans une phase tardive d'activité professionnelle. Les différences culturelles entre États et leurs particularités historiques sont déterminantes dans le choix d'approche et de forme de la protection sociale. C'est la raison pour laquelle une approche de droit comparé entre les Etats européens a été privilégiée. La France et l'Allemagne sont au centre de cette étude qui porte sur l'interdépendance de différents régimes de protection sociale. La Norvège et les Pays-Bas, mais aussi l'Italie, un des pays européen en crise manifeste, donnent des exemples de tendances de réforme de la protection sociale, notamment pour ce qui est des cas de maladie de longue durée, de la diminution de la capacité de travail et de la perte de l'emploi.

La première partie concerne les «Impulsions européennes» (I) tant au regard de l'Union européenne que du Conseil de l'Europe dans ses dimensions de droit et de politique sociale. Les thèmes abordés portent sur les défis de la cohésion sociale et les qualifications conférées en droit européen aux droits sociaux. Ils traitent des tentatives européennes de promouvoir des politiques communes en matière de protection vieillesse, ainsi que des politiques de non-discrimination. L'agenda européen pour l'emploi est notamment analysé sous l'angle de l'égalité des sexes. Quant au principe de non-discrimination en raison de l'âge – élément important pour les parcours professionnels – de nombreuses dérogations en

limitent l'efficacité. Les politiques de non-discrimination européennes ont également des conséquences en matière d'assurance des personnes en droit national.

Les parties suivantes (II à IV) ont trait aux solutions nationales apportées aux différents défis, qui font l'objet de discussion et d'analyse pour les phases de la période d'activité professionnelle. Sont ainsi concernés les changements possibles pendant l'exercice d'un emploi, après la perte de l'emploi et après la cessation de l'activité professionnelle.

La deuxième partie porte sur : «Le maintien de la santé et de la capacité de travail dans les parcours d'activité prolongés» (II) et permet d'envisager les modes d'interactions entre la politique de protection sociale et la prise en compte des dimensions de la santé dans les politiques d'adaptation à l'emploi. Cette partie débute avec une contribution sur le rôle de la santé pour le maintien dans la vie active. Il faut signaler, dans ce contexte, que la médecine du travail met en avant l'interdépendance entre la capacité de travailler et la motivation de poursuivre une activité professionnelle. Par la suite sont exposées les interdépendances sous formes multiples entre les régimes de protection sociale, des politiques de santé au niveau de l'entreprise et des politiques de l'emploi. Il est à la fois question de la prévention et de la réadaptation professionnelle en Allemagne et en France face aux exigences qui résultent de la situation d'une population active vieillissante. Les exemples de la Norvège et des Pays-Bas montrent des voies possibles pour le maintien dans l'emploi en cas de maladie de longue durée.

La troisième partie aborde «Le chômage des travailleurs séniors et la réintégration sur le marché du travail» (III). Les difficultés de promotion de l'intégration des travailleurs âgés dans les circuits de l'emploi sont démontrées dans une approche comparative et par l'analyse de mesures de politiques d'emploi diverses. Des analyses font état, par la suite, de l'interférence compliquée de régimes de protection sociale différents, en Allemagne, en France et en Norvège, de l'enjeu des politiques publiques de promotion de l'emploi notamment en Italie. Par ailleurs, aussi les politiques de l'emploi au niveau de l'entreprise influent de façon décisive et sur la prévention en faveur de travailleurs âgés menacés de perdre leur emploi et sur la réintégration dans l'emploi plutôt que du départ à la retraite anticipée. Les contributions font état des difficultés auxquelles sont confrontés des travailleurs âgés pour réintégrer un emploi.

La quatrième partie «L'adaptation des retraites aux parcours professionnels» (IV) concerne l'adaptation de l'assurance vieillesse aux nouveaux modes d'activité professionnels qui s'avèrent de plus en plus précaires et qui revêtent pour les assurés une importance fondamentale. Il en est de même lors du changement du statut d'activité professionnelle vers une situation sans revenus ou lors du départ à la retraite dont le montant devrait être suffisamment élevé pour faire face aux besoins de tous les jours. Les différentes contributions analysent de telles données, soulignent les difficultés et présentent des tendances dominantes des réformes actuelles. Elles ont également trait à des sujets spécifiques non encore résolus, en s'appuyant notamment sur les cas de la France et de l'Allemagne.

Les contributions sont présentées en trois langues. La première contribution est celle de rédaction de l'auteur en allemand, anglais ou français. Elle est suivie d'un résumé substantiel dans les deux autres langues.

Ce travail de recherche a été précédé d'un «workshop» international et interdisciplinaire qui s'est tenu à Munich les 9 et 10 juin 2016 au Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik. Il s'inscrit dans le cadre des relations et de coopération de longue date entre l'Institut de l'Ouest : Droit et Europe (IODE, UMR CNRS 6262) de l'Université de Rennes 1 et le Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik de Munich et fait suite à d'autres publications, qui trouvent leur origine dans de précédents colloques internationaux, ayant eu pour sujet la retraite professionnelle d'entreprise (2007 et 2011)⁵ et la libre circulation des patients.⁶

⁵ Hennion-Moreau S, Kaufmann O (dir) (2007) Les retraites professionnelles en Europe, Droits européen et comparé. Betriebliche Altersversorgung in Europa, Europäisches Recht und Rechtsvergleichung. Occupational pension schemes in Europe, European law and comparative law; Kaufmann O, Hennion S (dir) (2011) Steuerung der betrieblichen Altersversorgung in Europa: garantierte Sicherheit? Governance of Occupational Pensions in Europe: Guaranteed Security? Gouvernance des retraites professionnelles en Europe : Sécurité garantie.

⁶ S Hennion et O Kaufmann (dir) (2014) Unionsbürgerschaft und Patientenfreizügigkeit; EU Citizenship and Free Movement of Patients; Citoyenneté Européenne et Libre Circulation des Patients.

Inhaltsverzeichnis

Teil I Europäische Impulse. European Impulses. Les impulsions européennes	
Chapitre 1	Les défis de la cohésion sociale dans l'Union Européenne 3 Claude Blumann
Kapitel 2	Die Herausforderungen für den sozialen Zusammenhalt in der Europäischen Union 21 Claude Blumann
Chapter 3	The Challenges of Social Cohesion in the European Union . . . 27 Claude Blumann
Kapitel 4	Gender und Erwerbsverlauf im Licht der Beschäftigungs- und Sozialpolitikstrategien der EU 33 Ute Klammer
Chapter 5	Gender and Career Patterns in Light of EU Employment and Social Policy Strategies 49 Ute Klammer
Chapitre 6	Le genre et les parcours professionnels à la lumière des stratégies européennes de l'emploi et de politique sociale 57 Ute Klammer
Kapitel 7	Langlebigkeit und Erwerbsverlauf. Perspektiven für eine gemeinsame europäische Alterssicherungspolitik 65 Wolfgang Schulz-Weidner
Chapter 8	Longevity and Employment Biographies. Perspectives of a Common European Old-Age Pension Policy 85 Wolfgang Schulz-Weidner

Chapitre 9	Longévité et carrière professionnelle. Les perspectives d'une politique commune de protection vieillesse en Europe	89
	Wolfgang Schulz-Weidner	
Chapitre 10	La qualification des droits des bénéficiaires dans les systèmes de protection sociale	93
	Sylvie Hennion	
Kapitel 11	Die Qualifikation der Rechte der Versicherten in der sozialen Sicherung	109
	Sylvie Hennion	
Chapter 12	The Qualification of Beneficiary Rights in Social Protection Systems.	119
	Sylvie Hennion	
Kapitel 13	Erwerbsverlauf und Verbot der Altersdiskriminierung im europäischen Recht – Entwicklung und Perspektiven	127
	Eva Maria Hohnerlein	
Chapter 14	The Prohibition of Age Discrimination in European Law – Evolution and Perspectives.	147
	Eva Maria Hohnerlein	
Chapitre 15	Le droit européen de non-discrimination et les travailleurs séniors	157
	Eva Maria Hohnerlein	
Chapitre 16	Le traitement des discriminations en matière d'assurances de personnes	167
	Philippe Pierre	
Kapitel 17	Diskriminierung in der Personenversicherung	179
	Philippe Pierre	
Chapter 18	Discrimination in the Field of Life and Health Insurance . . .	189
	Philippe Pierre	
Teil II	Erhalt von Gesundheit und Arbeitsfähigkeit bei längerem Erwerbsverlauf. Maintaining Health and Work Ability in Light of Longer Employment Biographies. Le maintien de la santé et de l'aptitude au travail dans les parcours d'activité prolongés	
Chapter 19	The Differentiated Role of Health for Employment Participation Among Older Workers – A Discussion Based on the “IidA Conceptual Framework on Work, Age and Employment”	199
	Hans Martin Hasselhorn and Melanie Ebener	

Kapitel 20	Die differenzierte Rolle von Gesundheit für die Erwerbsteilhabe im höheren Erwerbsalter – eine Diskussion anhand des „lidA-Denkmodells zu Arbeit, Alter und Erwerbsteilhabe“	215
	Hans Martin Hasselhorn und Melanie Ebener	
Chapitre 21	Le rôle différencié de la santé dans la participation à l’emploi parmi les travailleurs âgés – commentaire d’après le «cadre conceptuel lidA sur le travail, le vieillissement et l’emploi»	225
	Hans Martin Hasselhorn, Melanie Ebener	
Chapter 22	Health Promotion and Preventive Healthcare in Germany . .	235
	Nikola Wilman	
Kapitel 23	Gesundheitsförderung und Prävention in Deutschland	251
	Nikola Wilman	
Chapitre 24	La promotion de la santé et soins de santé préventifs en Allemagne	259
	Nikola Wilman	
Chapitre 25	Longévité et parcours professionnels : La prévention et la réadaptation en France	267
	Francis Kessler	
Kapitel 26	Präventiver Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz und die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in Frankreich	277
	Francis Kessler	
Chapter 27	Prevention and (Re-)Integration Measures for Senior Workers in France	285
	Francis Kessler	
Kapitel 28	Fokus: Präventions- und Rehabilitationsleistungen der deutschen Rentenversicherung. Preventive Healthcare and Rehabilitation Benefits of the German Statutory Pension Insurance. Les mesures de prévention et de réadaptation de l’assurance-pension allemande.	293
	Tobias Blaut	
Chapter 29	Social Benefits and Employment Protection in Case of Long-Term Sickness in Norway.	301
	Melanie R. Hack	
Kapitel 30	Soziale Sicherung und Beschäftigungsschutz bei längerer Krankheit nach norwegischem Recht.	321
	Melanie R. Hack	

Chapitre 31	La protection des revenus et de l'emploi en cas d'une maladie de longue durée en droit norvégien.	331
	Melanie R. Hack	
Chapter 32	Working More, Longer, and Healthier: Solutions and Pitfalls in The Netherlands.	339
	Tineke Dijkhoff	
Kapitel 33	Mehr, länger und gesünder arbeiten: Reformkonzepte in den Niederlanden	357
	Tineke Dijkhoff	
Chapitre 34	Travailler plus, plus longtemps et en meilleure santé : la protection sociale des malades de longue durée aux Pays Bas	363
	Tineke Dijkhoff	
Teil III	Arbeitslosigkeit Älterer als Herausforderung der sozialen Sicherung. Unemployment Among Older Workers as a Challenge for Social Protection. Le chômage parmi les travailleurs seniors comme défi de la protection sociale	
Chapter 35	Retention and Reintegration of Older Workers into the Labour Market : What Works Best?	371
	Regina Konle-Seidl	
Kapitel 36	Förderung der Arbeitsmarktteilhabe im höheren Erwerbsalter: Was funktioniert?	391
	Regina Konle-Seidl	
Chapitre 37	Les politiques de l'emploi en faveur des travailleurs âgés : qu'est-ce qui fonctionne ?	397
	Regina Konle-Seidl	
Kapitel 38	(Re-)Integration älterer Arbeitsloser in Deutschland im Zusammenspiel der sozialen Sicherungssysteme	401
	Minou Banafsche	
Chapter 39	(Re)Integration of Unemployed Senior Workers in Germany – Challenges for the Interaction of Social Protection Schemes.	423
	Minou Banafsche	
Chapitre 40	L'intégration des chômeurs seniors en Allemagne dans le contexte des régimes de protection sociale	429
	Minou Banafsche	
Chapitre 41	La réintégration de chômeurs seniors au marché de l'emploi en France	433
	Sylvie Moisdon-Chataigner	

Kapitel 42	Förderung der Beschäftigungsintegration älterer Arbeitsloser in Frankreich.	443
	Sylvie Moisdon-Chataigner	
Chapter 43	Professional (Re-)Integration of Unemployed Senior Workers in France	449
	Sylvie Moisdon-Chataigner	
Chapter 44	The Norwegian Unemployment – Disability Paradox.	455
	Tove Midtsundstad	
Kapitel 45	Das norwegische Paradoxon von Arbeitslosigkeit und Invalidität.	475
	Tove Midtsundstad	
Chapitre 46	Le paradoxe chômage - invalidité en Norvège	487
	Tove Midtsundstad	
Kapitel 47	Beschäftigungsförderung älterer Arbeitsloser in Italien.	497
	Matteo Borzaga	
Chapter 48	Employment Promotion for Unemployed Senior Workers in Italy	511
	Matteo Borzaga	
Chapitre 49	La promotion de l'emploi des chômeurs séniors en Italie. . . .	519
	Matteo Borzaga	
Teil IV	Anpassung der Alterssicherung an die Erwerbsverläufe. Adjustment of Old-Age Pension Schemes to Employment Biographies. L'adaptation des régimes de retraite aux parcours professionnels	
Chapitre 50	L'adaptation des retraites aux parcours professionnels en France	527
	Marion Del Sol	
Kapitel 51	Die Anpassung der Alterssicherung an die Erwerbsverläufe in Frankreich.	543
	Marion Del Sol	
Chapter 52	Adjusting Old-Age Pensions to Match Employment Biographies in France.	553
	Marion Del Sol	
Kapitel 53	Die Anpassung von Alterssicherungssystemen an geänderte Erwerbsbiografien – das Beispiel Deutschland . . .	561
	Hans-Joachim Reinhard	
Chapter 54	Adjusting Old-Age Pension Schemes to Match Employment Biographies – The German Case	571
	Hans-Joachim Reinhard	

Chapitre 55	L'adaptation des régimes de retraite à l'évolution des parcours professionnels – l'exemple allemand.	581
	Hans-Joachim Reinhard	
Kapitel 56	Herausforderungen für die Alterssicherung in Deutschland.	589
	Josef Kress-del Bondio	
Chapter 57	Challenges to Old-Age Social Security in Germany	601
	Josef Kress-del Bondio	
Chapitre 58	Les défis pour la protection vieillesse en Allemagne	609
	Josef Kress-del Bondio	

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Minou Banafsche, Dr. jur. Juniorprofessorin, Universität Kassel, FB 01
Humanwissenschaften, Institut für Sozialwesen, Arnold-Bode-Straße 10, 34109
Kassel, Deutschland, banafsche@uni-kassel.de

Tobias Blaut, Abteilung Rehabilitation und Sozialmedizin, Deutsche
Rentenversicherung Bayern Süd, 81729 München, Deutschland, tobias.blaut@drv-
bayernsued.de

Claude Blumann, Dr. jur. Professeur émérite, Université Panthéon-Assas (Paris II),
Chaire Jean Monnet de droit européen, France, claude.blumann@u-paris2.fr

Matteo Borzaga, Dr. jur. Professore Associato, Universität Trento, Juristische
Fakultät und School of International Studies, Via Tommaso Gar, 14, 38122 Trento,
Italien, matteo.borzaga@unitn.it

Marion Del Sol, Dr. jur. Professeur, Faculté de Droit et de Science Politique,
Université de Rennes 1, UMR CNRS IODE 6262, 9 rue Jean Macé, CS 54203
Rennes Cedex, France, marion.del-sol@univ-rennes1.fr

Tineke Dijkhoff, Dr. jur. Wissenschaftliche Referentin am Max-Planck-Institut
für Sozialrecht und Sozialpolitik und Senior Researcher, Utrecht University School
of Law, department International and European Law, Newtonlaan 201, 3584 BH
Utrecht, Niederlande, a.a.dijkhoff@uu.nl

Melanie Ebener Dipl. Psychologin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin im
Fachgebiet Arbeitswissenschaft, Bergische Universität Wuppertal, Fakultät
für Maschinenbau und Sicherheitstechnik, Gaußstraße 20, 42119 Wuppertal,
Deutschland, ebener@uni-wuppertal.de

Melanie Regine Hack, PhD (Oslo) Wissenschaftliche Referentin am Max-
Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik, Abteilung für ausländisches und
internationales Sozialrecht, Amalienstr. 33, 80799 München, Deutschland, hack@
mpisoc.mpg.de

Hans Martin Hasselhorn, Prof. Dr. med. Bergische Universität Wuppertal, Lehrstuhl für Arbeitswissenschaft, Fakultät für Maschinenbau und Sicherheitstechnik, Gaußstraße 20, 42119 Wuppertal, Deutschland, hasselhorn@uni-wuppertal.de

Sylvie Hennion, Dr. jur. Professeur émérite, Faculté de Droit et de Science Politique, Université de Rennes 1, UMR CNRS IODE 6262, 9 rue Jean Macé, CS 54203 Rennes Cedex, France, sylvie.hennion@univ-rennes1.fr

Eva Maria Hohnerlein, Dr. jur. Wissenschaftliche Referentin am Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik, Abteilung für ausländisches und internationales Sozialrecht, Amalienstr. 33, 80799 München, Deutschland, hohnerlein@mpisoc.mpg.de

Otto Kaufmann, Dr. jur. habil (HDR) Vormalis wissenschaftlicher Referent am Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik, Amalienstr. 33, 80799 München, Deutschland, otto.kaufmann@orange.fr

Francis Kessler, Dr. jur. habil (HDR) Maître de conférences, Université Paris 1, Ecole de Droit de la Sorbonne, 12 place du Panthéon, 75005 Paris, France, francis.kessler@univ-paris1.fr

Ute Klammer, Dr. Professorin am Institut für Soziologie der Universität Duisburg-Essen und Geschäftsführende Direktorin des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ), Forsthausweg 2, 47057 Duisburg, Deutschland, ute.klammer@uni-due.de

Regina Konle-Seidl Sozialwissenschaftlerin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Regensburger Str. 104, 90478 Nürnberg, Deutschland, Regina.Konle-Seidl@iab.de

Josef Kress-del Bondio Leiter des Grundsatzbereichs der Abteilung Rentenversicherung, Deutsche Rentenversicherung Bayern Süd, Thomas-Dehler-Str. 3, 81737 München, Deutschland, josef.kress-del-bondio@drv-bayernsued.de

Tove Midtsundstad, PhD (Oslo) Soziologin, Reserach Professor, Fafo Institute of Labour and Social Research, PO Box 2947 Tøyen, 0608 Oslo, Norway, tove.midtsundstad@fafo.no

Sylvie Moisdon-Chataigner, Dr. jur. habil (HDR) Maître de conférences, Faculté de Droit et de Science Politique, Université de Rennes 1, UMR CNRS IODE 6262, 9 rue Jean Macé, CS 54203 Rennes Cedex, France, sylvie.moisdon-chataigner@univ-rennes1.fr

Philippe Pierre, Dr. jur. Professeur, Faculté de Droit et de Science Politique, Université de Rennes 1, UMR CNRS IODE 6262, 9 rue Jean Macé, CS 54203 Rennes Cedex, France, philippe.pierre@univ-rennes1.fr

Hans-Joachim Reinhard, Dr. jur. Professor, Hochschule Fulda, Leipziger Straße 123, 36039 Fulda, Deutschland, hans-joachim.reinhard@sk.hs-fulda.de